

JA ZUM NEUEN FINANZAUSGLEICH

An der 3. ausserordentlichen Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz fand sowohl der Neue Finanzausgleich wie auch die Neue Finanzordnung eine Mehrheit.

VON NIKLAUS HARI

Da die EVP der Schweiz das Nein zum Stammzellenforschungsgesetz bereits am 21. August beschlossen hat, gab an der 3. ausserordentlichen Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz im Sonnensaal in Herzogenbuchsee vor allem die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) zu reden. Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) begründete sein Ja zur NFA mit der konsequenteren Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen, welche ein altes Anliegen der EVP sei. Nationalrat Jost Gross (SP, TG) rief zu einem Nein auf, weil er grosse Nachteile für die Behinderten infolge der Kantonalisierung der Betreuungsaufgaben befürchte. Es sei offensichtlich, meinte dazu Studer, die Vorlage habe einen Pferdefuss. Aber es handle sich um eine finanzpolitische Vorlage, die zu achtzig Prozent sehr gut gemacht sei, da wäre es schade, wenn man sie wegen der zwanzig Prozent, mit denen man nicht einverstanden sei, bachschicken würde.

Ja zu NFA und NFO

Viele der Delegierten taten sich schwer mit dieser Argumentation, es wurde lebhaft diskutiert. Schliesslich obsiegte aber die Solidarität mit den finanzschwächeren Kanto-

nen und mit 81 zu 31 Stimmen fiel ein in seiner Deutlichkeit überraschender Entscheid zugunsten der NFA.

Im Anschluss daran stellte Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) die neue Finanzordnung NFO vor. Bei dieser Vorlage geht es darum, die Bundeskompetenz für die Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer zu verlängern. Obwohl Anliegen der EVP wie ökologische Anreize, eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer oder eine Luxussteuer nicht verwirklicht worden seien, empfehle er ein Ja, so Donzé, um die Einnahmen des Bundes zumindest mittelfristig zu sichern. Die ökologische Steuerreform bleibe Ziel der EVP und müsse auf anderem Weg ver-

folgt werden. Die Delegierten folgten dieser Sicht und beschlossen mit 108 zu 0 Stimmen die Ja-Parole.

Keine Schicksalsvorlage

Bereits zu Beginn der Delegiertenversammlung hatte Botschafter Dr. Michael Ambühl, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD, die neun Dossiers der Bilateralen Verträge II äusserst kompetent erläutert. Es handle sich dabei um zusätzliche, nützliche Instrumente, welche die Schweiz nutzen könne oder nicht. Eine Schicksalsabstimmung, zu der das Vertragswerk Schengen / Dublin von gewissen Kreisen hochstilisiert werde, sei die Vorlage aber sicher nicht. Eine Parole wird die EVP erst nach der Beratung der Verträge im Parlament fassen.



Jost Gross (links) redete gegen, Heiner Studer (stehend) für die NFA.

KOMMENTAR

Nachdem die EVP das Referendum gegen das Partnerschaftsgesetz ergriffen hat, wurden uns einige Briefe und E-Mails zugesandt, mit dem Vorwurf, das biblische Gebot der Nächstenliebe verletzt zu haben. Wir seien gegen die Menschen, wenn wir uns gegen das Gesetz aussprechen. So der Vorwurf. Wenn aber schon mit der Bibel argumentiert wird, dann sollte meines Erachtens nicht nur eine losgelöste Passage, sondern die gesamte heilsgeschichtliche Bedeutung der Worte Gottes betrachtet werden. Jesus Christus hat den Menschen und sein Verhalten immer getrennt beurteilt. Wie das Beispiel der Ehebrecherin in Joh. 8.10 und 11 zeigt, verurteilt Jesus die Frau nicht als Person. Ihr Verhalten hingegen heisst er nicht gut. Gott liebt einen Menschen für das, was er ist, und nicht für das, was er tut. Während viele Christen homosexuelles Verhalten aus biblischer Sicht nicht gutheissen können, bedeutet das noch lange nicht, dass sie auch die Personen an sich ablehnen. Das ist ein wichtiger Unterschied, Pauschalisierungen und Vereinfachungen sind nicht angebracht. In der EVP versuchen wir, Personen mit einem anderen Standpunkt in erster Linie als Menschen zu sehen und erst in zweiter Linie die Standpunkte zu beurteilen. Die Achtung vor dem Gegenüber, dem Geschöpf Gottes, ist immer im Zentrum. Der altbewährte Slogan «Menschen für Menschen» soll uns dabei leiten.

Joel Blunier, Generalsekretär EVP

Der Rauch verzieht sich...

Der Rauch über dem Kampffeld «Zürcher Fussball-Stadion» hat sich etwas verzogen. Viele sehen wieder klarer: dass sich auch Stadionbauer an das geltende Gesetz zu halten haben und dieses nicht einfach umgebogen und missachtet werden kann, wenn es der erwarteten Rendite des Investors im Wege steht. Für neue Turbulenzen ist aber gesorgt. Denn jene, die durch das Verbandsbeschwerderecht immer wieder auf den Boden von Rechts- und Gesetzmässigkeit zurückgeholt werden müssen, haben zusammen mit ihren rechtsbürgerlichen Helfershelfern eine gnadenlose Jagd auf dieses sinnvolle und erfolgreiche Instrument zur Durchsetzung des Umweltrechts eröffnet

Auch im Bundesratszimmer scheint sich der Rauch zu verziehen: Die Mitglieder unserer Regierung haben offensichtlich kapiert, dass die Nacherziehung eines neuen Bundesrats hin zur Kollegialität und Loyalität gegenüber der eigenen Behörde eine Aufgabe ist, die nicht über ein Hick-Hack in den Medien, sondern durch Gespräche und notfalls harte Entscheide intern im Bundesrat selbst zu leisten ist.

Mein seinerzeitiger Vorstoss für «rauchfreie Bahnhöfe» hat offenbar der SBB Mut gemacht: seit 18. Oktober sind die unterirdischen Bahnhöfe in Zürich, am Flughafen und in Genf rauchfrei. Auf den Zug Wartende sind nicht mehr zum Passivrauchen gezwungen. Und die Bahn spart Mühe und Kosten bei der täglichen Perron- und Gleisreinigung.

Ein kleiner Anfang ist gemacht. Doch müssen weitere Schritte kommen. Zum Schutz jener grossen Mehrheit, die zu Recht saubere Atemluft verlangt und sich gegen die Belästigung und das krank machende Passivrauchen wehrt. Was Deutschland mit den rauchfreien Bahnhöfen, was einige Provinzen in Italien mit rauchfreien Gaststätten und Bars, was die Iren mit rauchfreien Restaurants und Pubs bereits fertig gebracht haben, müsste doch bei uns auch möglich sein. Die EVP jedenfalls bleibt dran. Nicht nur auf eidgenössischer Ebene, sondern auch mit Vorstössen in den Kantonen.



Ruedi Aeschbacher
Zentralpräsident EVP

«Der Schutz der Nichtraucher muss in Gastbetrieben gewährleistet sein - und zwar durch getrennte Räume für Raucher oder Raucherinnen und die übrigen Gästen. Ein bisschen Pseudo-Grünzeugs reicht hierzu nicht aus.»

Peter Reinhard, Zürcher EVP-Kantonsrat, gegenüber 20 Minuten, anlässlich seiner gemeinsam mit Kantonsrat Hanspeter Amstutz (EVP) eingereichten Motion für getrennte Räume in Restaurants.

EINZAHLUNGSSCHEIN

Für die Mitglieder der EVP ist das Abonnement des akzente im Zentralbeitrag inbegriffen, die Nichtmitglieder ersuchen wir hiermit den Abonnementsbeitrag für das Jahr 2005 in der Höhe von CHF 15.00 mit dem beiliegenden Einzahlungsschein einzuzahlen. Selbstverständlich steht es Ihnen auch als Mitglied frei, das akzente auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen!

PAROLEN DER EVP

am 23. Oktober in Herzogenbuchsee und am 21. August in Schaffhausen gefasst von den Delegiertenversammlungen der EVP der Schweiz

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) JA

Neue Finanzordnung JA

Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz) NEIN

INHALT

**Interview mit Ruedi Möschi:
Familien- und Erziehungsarbeit aufwerten 3**

**Abstimmungsvorlagen I:
Gleiche Chancen für alle Kantone 4**

**Abstimmungsvorlagen II:
Ab wann ist der Mensch ein Mensch? 5**

**Bettagskonferenz:
Die EVP füllt den Aarauer Grossratssaal 7**

**Aus den Kantonen:
Konzertierte Aktion für rauchfreie Räume 7**

MENTOR AUS BERUFUNG

Ruedi Mösch war Missionar in Afrika, hat sich in Amerika in pastoraler Psychotherapie weitergebildet und in der Schweiz zusammen mit seiner Frau Elfi die «Ehe Bereitschaft Kurse» entwickelt, mit denen mittlerweile auch im Ausland gearbeitet wird.

VON NIKLAUS HARI

Ruedi Mösch, mit 56 Jahren bist Du der EVP beigetreten. Wie bist Du zu diesem Entscheid gekommen?

Ich habe mich der EVP schon immer nahe gefühlt, nicht erst seit wir während unserer Dienstzeit in der Pfingstgemeinde Wettingen im Rahmen der Allianzarbeit Heiner Studer kennen gelernt haben. Die vielen Ortswechsel im Verlauf meiner bisherigen Tätigkeit haben es mir verunmöglicht, mich aktiv in einer Partei einzubringen. Nun habe ich den Eindruck, mit der Übernahme der Leitung des Schweizerischen Weissen Kreuzes und von LEA Schweiz zusammen mit meiner Frau Elfi meine definitive Berufung gefunden zu haben, ich bin sozusagen «sesshaft» geworden.

Beide Organisationen haben sich der Unterstützung von Menschen in Beziehungsnot verschrieben: Frauen, die mit einer ungewollten Schwangerschaft nicht weiterwissen, Menschen in sexueller Not.

Das Schweizerische Weisse Kreuz wurde 1892 gegründet, und es braucht uns mehr denn je! Menschen, die in ihrer sexuellen Integrität verletzt, irregeleitet oder missbraucht worden sind, brauchen Hilfe zur Wiederherstellung. Durch präventive Anstrengungen wollen wir dazu beitragen, dass Teenager und Jugendliche mit ihrer Sexualität im Sinne des Schöpfers umzugehen lernen. Über LEA begleiten wir ungewollt Schwangere und Mütter in ihrer herausfordernden Lebenssituation.

Du betonst immer wieder die Wichtigkeit der Erziehungsarbeit.

Ein Beispiel: Meine Tochter, durch Heirat mit einem verwitweten Mann plötzlich Mutter von drei Kindern, wird immer wieder gefragt, was sie denn arbeite und ob



Vater, Mentor, Leiter zweier Werke: Ruedi Mösch.

sie ihre Berufskarriere nicht weiter verfolgen wolle. Viele Menschen verstehen gar nicht mehr, was Familienarbeit bedeutet: lediglich noch sieben Prozent aller Familienhaushalte in der Schweiz haben drei oder mehr Kinder.

Wie können wir die Familienarbeit konkret aufwerten?

Wir müssen die Familie wieder neu als Karriere sehen und Zweierternfamilien, welche die Kinder zuhause betreuen, gezielt fördern. Ich bin zutiefst überzeugt: Für ein Kind ist es am besten, wenn es mit einem Vater und einer Mutter aufwachsen kann. Das heisst nicht einseitig: Frauen zurück an den Herd! Sondern die Familienarbeit aufwerten und zwischen den Eltern besser aufteilen. Seit meiner Zeit in Wettingen habe ich mich nie mehr zu hundert Prozent anstellen lassen und immer einen Teil der Hausarbeit übernommen. Ich denke, dass ich in dieser Beziehung ein Vorbild für meine Kinder geworden bin.

Es kommen wichtige Abstimmungsvorlagen auf uns zu: das Stammzel-

lenforschungsgesetz und das Referendum gegen das neue Partnerschaftsgesetz.

Der Skandal ist doch, dass es so etwas wie «überzählige Embryonen», die laut Gesetz zur Forschung verwendet werden dürften, überhaupt geben kann: der Fehler liegt schon im Gesetz über die Fortpflanzungsmedizin begründet. Genau so wie es kein Recht auf Kinderkriegen gibt, gibt es auch kein Recht darauf, auf Kosten von menschlichen Embryonen alles zu unternehmen, damit Krankheiten ausgemerzt werden können, wie uns die Befürworter der Vorlage weismachen wollen. Wir müssen das Leben und seine Finalität akzeptieren.

Unsere Gesellschaft hat begonnen masslos zu werden.

Was das neue Partnerschaftsgesetz betrifft: Ich verurteile den homophil empfindenden Menschen nicht. Homosexuelle Paare müssen Dinge wie den Erbgang oder das Besuchsrecht im Spital regeln können, keine Frage. Aber das muss doch nicht mit einem Gesetz gelöst werden! Der Kanton Neuenburg kennt eine intelligente Lösung, indem man bei einem Anwalt einen Vertrag abschliessen kann. Ich würde es im Hinblick auf die Abstimmung für einen grossen Fehler halten, wenn das Referendumskomitee nicht auf solche Alternativen aufmerksam machen würde.

Trotzdem empfindest Du Homosexualität als gegen den Willen Gottes.

Ja, Gott hat die Sexualität nicht für den Missbrauch geschaffen. Aber man muss die Menschen dort abholen, wo sie sind. Gerade in der Politik muss man oft etwas regeln, das in der Welt, wie ich sie mir persönlich wünschen würde, gar nicht vorkommen dürfte. Wir Christen dürfen aber nicht den Fehler der radikalen Muslime begehen: einen Gottesstaat errichten zu wollen! Ich glaube nicht, dass es eine an sich «christliche» Politik geben kann, wohl aber eine Politik, die von Christen beeinflusst wird.

Deine Vision für Deine Arbeit im Weissen Kreuz und LEA in den nächsten Jahren?

Ich möchte ein Multiplikator sein, mein Wissen und meine Werte an junge Menschen weitergeben. Ich will kein Platzhalter sein: Dutzende, noch lieber Hunderte junger Menschen und Mitarbeiter möchte ich heranbilden helfen und über mich hinauswachsen lassen.

Ruedi Mösch

Alter: 56 Jahre
 Zivilstand: verheiratet mit Elfi, vier erwachsene Kinder
 Beruf: mit Elfi Vorsteherehepaar des Weissen Kreuzes und von Leben erhalten und annehmen Schweiz
 Kirche: seit dem Umzug nach Dürrenäsch am Umschau halten, positiv angetan von der Landeskirche in Dürrenäsch-Leutwil
 Hobbies: Alphorn spielen, Töfferien mit der Ehefrau

Die Armut halbieren

Mit Reis und Wasser haben einige «christliche Promis» am 15. Oktober vor dem Bundeshaus die Kampagne StopArmut 2015 eingeleitet. Diese Aktion evangelischer Christen aus der ganzen Welt unterstützt das Millenniumsziel der UNO zur Halbierung der Armut bis 2015. Was kann ich selber gegen die Armut in der Welt tun? Einmal in der Woche fasten? Bringt's das? Vielleicht bringen solche kleinen Zeichen zuerst mir selber etwas: Ich werde daran erinnert, wie gut ich es habe. Und dass es Menschen gibt, die unter ganz andern Bedingungen ihr Leben meistern müssen. Das macht immer wieder dankbar und wirkt wie eine Prise Salz in mein Leben hinein. Um das Übel strategisch anzupacken, sind vernetzte Aktionen von Hilfswerken, Politikern und Missionen nötig. Christen haben eine lange Tradition, Menschen auf der Schattenseite des Lebens nicht nur das Wort, sondern auch die Tat zu bringen. StopArmut 2015 bringt diese Realität ins Bewusstsein - und der Kampf gegen die Armut gewinnt in der globalen Verbindung mit Christen an Schwung. Ich denke an Begegnungen in armen Ländern. Neben tiefer Armut kam mir oft ein ganz grosses Vertrauen zu Gott entgegen. Mit dem Teilen unserer Güter wuchs gegenseitige Dankbarkeit - für das, was Gott uns geschenkt hat: Materielle Gaben, Know-how, geistliche Gaben. StopArmut ist gut - StopGottlosigkeit ist noch besser und führt - wenn Gottes Wort ernst genommen wird - zur aufbauenden gut gesalzenen Tat. Für den Einzelnen wie für die Gesellschaft.

Martin Vögelin, Exekutiv-Sekretär der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Missionen AEM



ENTFLECHTEN UND TEILEN

Eine konsequentere Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist ein altes Anliegen der EVP. Mit einem Ja zum NFA kommen wir diesem Ziel einen Schritt näher!

VON HEINER STUDER,
NATIONALRAT

Mit dem neuen Finanzausgleich wird der Bund allein zuständig für die individuellen Leistungen von AHV und IV, den Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen, die Landesverteidigung und die Unterstützung der Betagten- und Behindertenorganisationen für gesamtschweizerische Tätigkeiten.

Die Kantone werden allein zuständig für die Bau- und Betriebsbeiträge an Wohnheime, Werk- und Tagesstätten für Invalide, für die Sonderschulung, die Unterstützung der Betagten- und Behindertenorganisationen (kantonal und kommunal), die Ausbildungsbeihilfen bis Sekundarstufe II, die Verkehrstrennung und die Niveauübergänge ausserhalb von Agglomerationen.

Neue Verbundaufgaben

In gewissen Bereichen ist ein Zusammenwirken von Bund und Kanton sinnvoll. Solche Verbundaufgaben sind: die Ergänzungsleistungen, die Ausbildungsbeihilfen auf Hochschulstufe, der Agglomerationsverkehr (neu), die Hauptstrassen, der Straf- und Massnahmenvollzug und die amtliche Vermessung.

Interkantonale Kooperation

Die NFA führt zu einer engeren interkantonalen Zusammenarbeit. Dazu gehören Institutionen zur Eingliederung und Betreuung von Invaliden, die Spitzenmedizin und Spezialkliniken, die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen, der Agglomerationsverkehr, der Straf- und Massnahmenvollzug, die Abfallbewirtschaftung, die Abwasserreinigung und überregionale Kultureinrichtungen.

Reform des Finanzausgleichs

Neu wird ein Ressourcenindex errechnet werden, welcher das Po-

tential eines Kantons mit demjenigen der Schweiz vergleicht. Aufgrund des schweizerischen Mittels von 100 Indexpunkten gelten Kantone mit über 100 Indexpunkten als ressourcenstark, solche unter 100 Punkten als ressourcenschwach. Das Ressourcenpotential errechnet sich aus den steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und den Gewinnen der juristischen Personen. Verschiedene Bundesbeiträge werden gegenwärtig nach der Höhe der Ausgaben bemessen, was zur Tendenz führt, Projekte zu teuer zu realisieren. Dieser Fehlanreiz wird durch die Vorlage beseitigt. Durch den Ressourcenausgleich werden die ressourcenschwachen Kantone gestärkt. Ziel ist es, den Kantonen ein möglichst grosses Mass an frei verfügbaren Mitteln zur Verfügung stellen zu können.

Wichtig ist auch der neue Lastenausgleich. Damit werden Kantone unterstützt, welche Sonderlasten tragen. Dazu gehören insbesondere

höhere Infrastrukturkosten in Bergkantonen und besondere Aufgaben von Kernstädten.

Befristeter Härteausgleich

Gesamthaft gesehen werden durch die NFA weder der Bund noch die Kantone mehr belastet. Zu Beginn werden sich wegen eines Härteausgleichs Mehrkosten ergeben. Dieser Ausgleich wird im Finanzausgleichsgesetz geregelt.

Am 28. November 2004 soll durch die Annahme der NFA die Bundesverfassung geändert werden. Danach wird gegen das vom Parlament bereits verabschiedete Finanzausgleichsgesetz das Referendum ergriffen werden können. In rund einem Jahr wird der Bundesrat weitere Gesetzesänderungen vorlegen. Schliesslich wird das Parlament über die Höhe des Ressourcen-, des Lasten- und des Härteausgleichs entscheiden. Auch dagegen wird das Referendum ergriffen werden können. Am 1. Januar 2008 soll die NFA in Kraft treten.

NEUE FINANZORDNUNG

EINNAHMEN SICHERN

Ja zur Neuen Finanzordnung: so kann der Bund die direkte Bundes- und die Mehrwertsteuer weiterhin erheben.

VON WALTER DONZÉ,
NATIONALRAT

Der Bund darf die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer gemäss Verfassung nur bis ins Jahr 2006 erheben. Mit zwei Dritteln der Einnahmen handelt es sich dabei um die wichtigsten Einnahmequellen des Bundes. Die Neue Finanzordnung würde diese Kompetenz bis ins Jahr 2020 verlängern. Dabei würde der Reinertrag juristischer Personen nur noch mit maximal 8.5 Prozent besteuert (bisher 9.8 Pro-

zent), das Kapital und die Reserven der juristischen Personen würden nicht mehr besteuert. Bei der Mehrwertsteuer kämen nur noch zwei verschiedene Sätze zur Anwendung, der umstrittene Mittelsatz für Beherbergungsleistungen könnte mit einem separaten Gesetz realisiert werden.

Obwohl ökologische Anreize und Forderungen nach einer eidgenössischen Erbschafts- und einer Luxussteuer keine Gnade fanden, stimmt die EVP der Neuen Finanzordnung zu, um die Einnahmen des Bundes wenigstens mittelfristig zu sichern.

MENSCHENUNWÜRDIG

Das Stammzellenforschungsgesetz verletzt die Menschenwürde, die dem Embryo durch Verfassung und Bundesgericht zugesprochen ist. Die EVP lehnt es deshalb ab.

VON HEINER STUDER,
NATIONALRAT

Der menschliche Embryo, wie auch immer er erzeugt worden ist, besitzt laut Bundesverfassung und Bundesgerichtsentscheid von 1993 Menschenwürde und ist deshalb zu schützen. Somit ist das neue Gesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen meines Erachtens verfassungswidrig. Aus diesem Grunde beantragte ich im Nationalrat vergeblich, das Gesetz an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Gewinnung embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken stellt eine unzulässige Instrumentalisierung der betreffenden Embryonen dar.

Sozialethische Problematik

Die unsicheren Erfolgchancen der Forschung, die mit der Forschung verbundenen Gesundheits-

kostensteigerung und die Tatsache, dass Geld in Bereichen wie der Palliativmedizin nötig ist, sprechen aus sozialethischer Sicht gegen das Gesetz. Gegen die Ein- und Ausfuhr von embryonalen Stammzellen spricht die Befürchtung, dass die Herstellungsbedingungen im Ausland nie vollständig transparent sein werden.

Falscher Ansatz des Gesetzes

Das Gesetz betrifft ausschliesslich embryonale Stammzellen. Besser wäre eine Gesetzgebung, welche generell die Stammzellenforschung regelt. Bereits im Gesetz wäre zu berücksichtigen, dass die Forschung an den adulten Stammzellen die ethisch richtige Alternative ist, welche aktive Förderung verdient.

Druckausübung auf Eltern

Die Verwendung von embryonalen Stammzellen wird von der Zu-

stimmung der Eltern abhängig gemacht. Verweigern die Eltern die «Einwilligung», muss der Embryo sofort «vernichtet» werden. Diese Bestimmung lässt die Eltern nicht mehr frei entscheiden. Sie geraten unter Druck.

Folgerung

Die Mängel am neuen Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen sind so erheblich und zudem grundsätzlicher Art, dass das Gesetz abgelehnt werden muss. Wir EVP-Nationalräte lehnten das Gesetz in der Schlussabstimmung ab. Der Zentralvorstand der EVP der Schweiz unterstützte das Referendum gegen das Gesetz. Da von mehreren Komitees mehr als 80'000 Unterschriften gesammelt wurden, kann das Volk entscheiden. Die Delegierten der EVP haben am 21. August in Schaffhausen die Nein-Parole gefasst.

Wann beginnt Leben?

Wann beginnt menschliches Leben? Mit der Befruchtung der Eizelle, der Verschmelzung der beiden Zellkerne, der Einnistung der bereits um die 200 Zellen umfassenden Blastozyste in die Gebärmutterenschleimhaut? Oder gar erst mit der Geburt? Eine Frage, die gar nicht so einfach zu beantworten ist. Das Stammzellenforschungsgesetz zieht die (künstliche) Grenze bei sieben Tagen nach der Befruchtung: bis zu diesem Zeitpunkt dürfen aus einem überzähligen Embryo Stammzellen gewonnen werden. Zu diesem Zeitpunkt verhindert die Spirale als Verhütungsmittel die Einnistung der befruchteten Eizelle, sie stirbt ab. Und was ist «schlimmer» für den überzähligen Embryo, direkt im Papierkorb zu landen oder zu Forschungszwecken verwendet zu werden? Die Beantwortung keiner geringerer Fragen als dieser haben wir uns mit der Gutheissung des Fortpflanzungsgesetzes aufgebürdet!

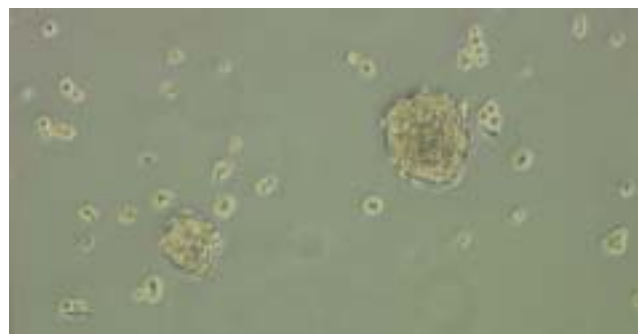
Niklaus Hari

Vorlage im Detail

(nh). Das Fortpflanzungsmedizinergesetz (FMedG) erlaubt die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (bspw. In-vitro-Fertilisation). Obwohl die Konservierung von Embryonen verboten ist, können dabei auch in Zukunft überzählige Embryonen anfallen. Bei Annahme des Stammzellenforschungsgesetzes (StFG) dürften diese bis zum siebten Tag zur Gewinnung embryonaler Stammzellen verwendet werden: andernfalls müssten sie sofort vernichtet werden. Bei Annahme des StFG wären der Handel und die Ein- und Ausfuhr von überzähligen Embryonen verboten, die Erzeugung eines Embryo zu Forschungszwecken ebenso. Die Gewinnung von adulten Zellen ist auch ohne StFG legal, jene von fötalen Stammzellen infolge von Abtreibungen ist mit und ohne StFG unregelt.

Was sind Stammzellen? Wieso forscht man an ihnen?

(nh). Im Körper existieren rund 200 verschiedene Zelltypen: beispielsweise Nervenzellen, Blutzellen oder Leberzellen. Sie sind spezialisiert und können sich nicht mehr erneuern. Diese Aufgabe übernehmen beim Embryo und beim erwachsenen Menschen die Stammzellen: nur sie sind zur Teilung fähig und können sich in die verschiedenen Zelltypen ausdifferenzieren. Dabei gilt: je jünger, desto vielseitiger. So genannte embryonale Stammzellen (nach 5 bis 7 Tagen) können zu jeder Art von Zelle heranwachsen, sie sind pluripotent. Fötale und adulte Stammzellen können zunehmend nur noch bestimmte Zelltypen bilden, sie sind multipotent. Bei vielen Krankheiten wird Gewebe beschädigt, das sich selber nicht regenerieren kann:



Christian Paratore, Institut für Zellbiologie der ETH Zürich

Zwei Stammzellhaufen und einzelne Stammzellen, gewonnen aus der Haut von Mäusen.

z.B. bei Parkinson, Multipler Sklerose aber auch infolge einer Querschnittlähmung. Die Hoffnung der Medizin ist nun, dass man Stammzellen dazu anregen kann, das zerstörte Gewebe zu ersetzen. Dazu würde man am besten adulte, gesunde Stammzellen des betroffenen Patienten nehmen: sie werden vom Körper nicht abgestossen und gegen

ihre Verwendung sprechen keine ethischen Bedenken. Um aber zu verstehen, welche Faktoren die Stammzellen dazu bringen, sich zu teilen und zu den verschiedenen Zelltypen heranzuwachsen, ist Grundlagenforschung notwendig. Dazu eignen sich embryonale Stammzellen besonders gut, da sie über ein breites Entwicklungspotential verfügen.

Fördervereinigung «Evangelische Politik»

(jb). Es gibt viele Schweizerinnen und Schweizer, die sich nie als Mitglied einer Partei einschreiben werden. Darunter gibt es aber einige, die bereit wären, für die politische Arbeit einer Partei Geld zu spenden. Die SP Schweiz hat dies erkannt und die so genannte Gruppe 2007 ins Leben gerufen. Deren Mitglieder spenden der SP bis zu den Nationalratswahlen 2007 jedes Jahr CHF 600. Viele der mittlerweile 1000 Mitglieder sind nicht Mitglied der SP.

Gerade auch in christlichen Kreisen lassen sich Unterstützer einer lösungsorientierten, evangelischen Politik finden, die aber nicht der EVP beitreten möchten. Mit der neu geschaffenen Fördervereinigung «Evangelische Politik» sollen zahlungsbereite Sympathisanten die Möglichkeit erhalten, die politische Arbeit der EVP und damit eine von biblischen Grundsätzen inspirierte Politik zu unterstützen. Wer bereit ist, monatlich CHF 50 oder mehr an die EVP zu bezahlen, wird Mitglied der Fördervereinigung. Einmal im Jahr sind diese Personen gemeinsam mit ihren Ehepartnern zu einer exklusiven Diner-Veranstaltung mit den EVP-Nationalräten eingeladen. Die Mittel der Vereinigung werden für Aktionen, Kampagnen und die Expansion in neue Kantone verwendet. Als Schweizer Partei mangelt es der EVP in vielerlei Hinsicht an Handlungsfreiheit, weil die notwendigen Gelder nicht vorhanden sind. Mit der Erschliessung neuer Finanzquellen kann die EVP in Zukunft vermehrt die Stimme erheben, wenn es um den Einsatz für christliche Werte in unserem Land geht. Am Männertag 2004 und an der EXPLO 04 wird die EVP für die Fördervereinigung werben. Übrigens: in vielen Kantonen sind politische Spenden steuerabzugsberechtigt. Ein weiterer Vorteil, die EVP zu unterstützen. Wie steht es mit Ihnen?

KLIMA IM BUNDESRAT

Die Herbstsession steht im Zeichen der Auseinandersetzungen im Bundesrat. Derweil beeindruckt der ugandische Informationsminister das Bundesamt für Gesundheit.

(nh). In der vergangenen Herbstsession haben die Nationalräte der EVP zwei Vorstösse eingereicht. Walter Donzé (BE) fragt den Bundesrat in einer Interpellation, ob er noch als Kollegialbehörde funktioniere. Anlässlich der Pressekonferenz nach der Volksabstimmung vom 26. September will Donzé weiter wissen, ob der Bundesrat glaube, dass «öffentliche Anspielungen eines Regierungsmitglieds gegen das andere und Hohngelächter als Antwort darauf» der Glaubwürdigkeit unserer Regierung förderlich seien. Letzte Frage von Nationalrat Donzé: «Ist der Bundesrat willig, in sich zu gehen, oder ist er bereit, dem Parlament die Vertrauensfrage zu stellen?»

Vorwürfe um die Fussball-EM

Eine zweite Interpellation hat Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) eingereicht. Studer macht den Bundesrat darin darauf aufmerksam, dass alle Massnahmen, die der Durchführung der Fussball-EM dienen, rechtsstaatlich sauber abgewickelt werden müssen. Studer will weiter wissen, ob der Schweizerische Fussballverband SFV bezüglich Sicherheitsmassnahmen bereits Ver-

pflichtungen eingegangen sei, ohne über die entsprechende politische Absicherung zu verfügen.

Eine parlamentarische Initiative zur Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer, eingereicht im 2003 von Heiner Studer, wurde vom Nationalrat mit 63 zu 93 Stimmen abgelehnt.

Enthaltensamkeit und Treue

Eine eindruckliche Begegnung konnte Walter Donzé einfädeln: der ugandische Informationsminister Dr. Nsaba Buturo traf auf die Verantwortlichen des Bundesamtes für Gesundheit. Buturo hat in Uganda eine erfolgreiche Aidspräventionskampagne durchgeführt, die erstens zu Enthaltensamkeit, zweitens zu gegenseitiger Treue aufrief. Drittens seien Kondome sinnvoll, würden aber keinen totalen Schutz bieten. Reaktion der BAG-Leute: «Enthaltensamkeit? Als Thema in der Schweiz undenkbar!» Begonnen hat der Minister seine Ausführungen mit einem Gebet. BAG-Direktor Zeltner im Nachhinein zu Donzé: «Wir haben intern noch lange über das Gespräch mit Dr. Buturo diskutiert.» Das ist Salz für unsere Erde!

TERMINE

- | | |
|---|--|
| 28. November 2004 | Volksabstimmung |
| 28. Dezember 2004
bis 1. Januar 2005 | EXPLO 04, Messe Basel:
EVP-Stand in der Missionsausstellung |
| 8. Januar 2005 | EVP der Schweiz, Olten:
Delegiertenversammlung |
| 8. Januar 2005 | EVP der Schweiz, Olten:
Zentralvorstand |
| 29. Januar 2005 | *jevz der Schweiz, Ort offen:
Tagung zu Programm und Inhalten der *jevz |
| 22. Februar 2005 | EVP der Schweiz, Ort offen:
Sekretariatskonferenz |
| 22. Februar 2005 | EVP der Schweiz, Ort offen:
Kantonalparteienkonferenz |

Newsletter PEV

akzente hat eine kleine Schwester bekommen: «accents» ist ein durchwegs französischer Newsletter im A4-Format, welcher ab sofort vierteljährlich an den EVP-Adressstamm in der Romandie versandt wird. Die Vorderseite bestreiten Informationen über die Aktivitäten der EVP auf Bundesebene (weitgehend übernommen aus dem akzente), die Rückseite gehört den Meldungen und Berichten aus den welschen Kantonen. Wer seine Französischkenntnisse anhand der ersten Nummer prüfen möchte, kann das auf www.evppev.ch tun.



Für die Mitarbeit am Stand der EVP in der Missionsausstellung der Explo 04 suchen wir

Helferinnen + Helfer

Und wenn nur für einen Nachmittag ist!
Interessierte melden sich auf dem Generalsekretariat unter joel.blunier@evppev.ch oder unter 044 272 71 00.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
11. Jahrgang, Nummer 5, November 2004
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP der Schweiz, Joel Blunier

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP der Schweiz, Werner Rieder

EVP der Schweiz:
Postfach 7334, 8023 Zürich
Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37
info@evppev.ch / www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier (Chefredaktion), Walter Donzé, Lisette Hari, Niklaus Hari (Redaktion), Heiner Studer, Martin Voegelin.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Referendum erreicht

Das Referendum gegen das neue Partnerschaftsgesetz, ergriffen von der EVP und der EDU gemeinsam mit weiteren Organisationen ist zustande gekommen. Am 7. Oktober hat das Referendumskomitee der Bundeskanzlei 67 532 beglaubigte Unterschriften übergeben.

EVP Biel legt zu

Bei den Stadtratswahlen vom 26. September hat die EVP Biel den dritten Sitz nur knapp verpasst: im Vergleich zum Jahr 2000 konnte sie die Stimmenzahl um 27 Prozent steigern. Gewählt wurden Paul Blösch und Christian Löffel.

Referendum gegen Sonntagsverkäufe

Der Zentralvorstand der EVP der Schweiz hat sich entschieden, das Referendum des Gewerkschaftsbundes SGB gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes (Einführung von Sonntagsverkäufen in Bahnhöfen) zu unterstützen. Der SGB befürchtet, die geplante Änderung öffne der allgemeinen Sonntagsarbeit Tür und Tor. Er will den Sonntag als arbeitsfreien Tag unbedingt erhalten.

Vitamin E für Langenthal

Den Langenthalerinnen und Langenthalern ist der erfrischende Wahlkampf der EVP unter dem Slogan «Vitamin E für Langenthal» offensichtlich bekommen: mit der Kauf- und Familienfrau Paula Schaub konnte die EVP erstmals einen Sitz im siebenköpfigen Gemeinderat (Exekutive) erringen. Aber auch im 40 Mandate umfassenden Stadtrat (Legislative) verzeichnet die EVP mit neu fünf Sitzen einen Sitzgewinn: Gewählt wurden Reto Steiner, Margrit Lanz, Daniel Rügger, Susanne Röthlisberger und Daniel Steiner.

TRADITION NEU BELEBEN

Die EVP der Schweiz hat am Samstag vor dem eidgenössischen Bettag eine Konferenz mit dem Titel «Christliche Ethik in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft» durchgeführt.

VON NIKLAUS HARI

Am 18. September füllten über 150 Interessierte das Grossratsgebäude in Aarau. Mit der von ihr organisierten Bettagskonferenz zum Thema Christliche Ethik in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wollte die EVP eine alte Tradition neu beleben: Bereits im 17. Jahrhundert halfen Bettage mit, weltanschauliche und politische Gräben zu überbrücken. Auch heute will die EVP politisch interessierte Christen miteinander vernetzen und neu für ihr gesellschaftliches Engagement inspirieren - jenseits von parteipolitischen und konfessionellen Grenzen. Zum Auftakt ortete Dr. Wolfgang Bittner, Studienleiter der Fritz-Blanke-Gesellschaft, die Antriebsmotoren unseres menschlichen Daseins in Macht, Besitz und Beliebtheit. Bittner rief eindringlich dazu auf, die zu diesen wichtigen Motoren dazugehörigen Bremsen, nämlich Gehorsam, Armut und Keuschheit neu zu entdecken.

Hauptreferent Dr. Nsaba Buturo, Informationsminister von Uganda,

rief zu einem klaren Bekenntnis zu Jesus Christus auf: «Es ist seltsam, dass die Armen in Afrika sich Gott näher fühlen. Wir alle brauchen Gott!» Praktisch gelebte christliche Ethik zeige sich beispielsweise in der AIDS-Problematik: Die Prävention Ugandas setze zuerst auf Enthaltsamkeit, dann auf gegenseitige Treue und mache zuletzt darauf aufmerksam, dass Kondome zwar sinnvoll seien, aber keinen totalen Schutz bieten würden.



Der ugandische Informationsminister Dr. Nsaba Buturo mit seinem Übersetzer, Heinz A. Suter von Ministries of Hope.

RAUCHFREI

KONZERTIERTE AKTION

In fünf Kantonen reicht die EVP eine weitgehend identische Motion mit dem Ziel rauchfreier Öffentlichkeiten ein.

(nh). Es geht etwas in Sachen Schutz der Bevölkerung: die SBB haben drei Tiefbahnhöfe für rauchfrei erklärt, die Uni Genf ist rauchfrei, die Tessiner Regierung will alle öffentlichen Räume zu rauchfreien Zonen erklären.

Die EVP nutzt die Gunst der Stunde und macht mit einer konzertierten Aktion auf das alte EVP-Anliegen aufmerksam: eine weitgehend identische Motion wurde oder wird in den folgenden Kantonen

eingereicht: St. Gallen (von Reto Denoth), Aargau (von Lilian Studer oder Martin Bhend), Zürich (von Peter Reinhard und Hanspeter Amstutz), Basel-Landschaft (von Elisabeth Augsburg und Bern (von Ruedi Löffel).

Öffentlich zugängliche Bereiche im Innern von öffentlichen Gebäuden sollen nach Ansinnen der Motion rauchfrei werden, räumlich abgetrennte Raucherräume nur in Hotels und Restaurants möglich sein.

WAHLEN

EVP MIT LEICHTEM MINUS

(nh). Bei den Kantonsratswahlen vom 26. September hat die EVP in Schaffhausen einen von bisher zwei Sitzen verloren: wiedergewählt wurde Rainer Schmidig. Im Kanton Basel-Stadt konnte die VEW ihre sechs Sitze im Grossrat am 24. Oktober verteidigen: in Riehen wurden Matthias Schmutz und Michael Raith, in Basel Ost Annemarie von Bidder-Kleiner, in Basel West Dieter Stohrer und Richard Widmer und neu in Kleinbasel (vorher Riehen) Christine Kaufmann gewählt. Den Bettinger Sitz verlor die VEW leider.

A.Z.B.
8023 Zürich

Adressberichtigung melden

Joel Blunier

BLITZKASTEN



EVP-NATIONALRÄTE AUF AFRIKAREISE?

(jb) Nein. Anlässlich der Bettagskonferenz weilte der ugandische Informationsminister Dr. Nsaba Buturo und seine Frau (beide am Tisch sitzend) in der Schweiz. Das Bild ist bei einem gemeinsamen Mittagessen mit den drei EVP-Nationalräten Ruedi Aeschbacher (ganz links), Heiner Studer (3. von rechts) und Walter Donzé (2. von rechts) entstanden. Zweite von links

ist das *jev-Präsidiumsmitglied Sara Fritz. Sie begleitete das Ministerpaar als Übersetzerin. ZV-Mitglied Heinz A. Suter (ganz rechts) war als Mitarbeiter der Organisation «Ministries of Hope» hauptverantwortlich für den fünftägigen Schweizbesuch. Doch wer sind die beiden anderen Afrikaner auf dem Bild? Neben Heiner Studer steht George Otura. Der 40-jährige kenianische Reve-

rend besuchte auf Einladung der EVP während eines Monats die Schweiz. Der Leiter des Sozialwerkes «Heaventrax» ist im Begriff, die christliche Partei «Christian Democratic Movement» zu gründen. Der Besuch diente dem Studium der Schweizerischen Institutionen sowie der Struktur der EVP. Begleitet wurde er vom in der Schweiz lebenden Landsmann Alfred Ayieye.

EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 1. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP der Schweiz, Samstag, 8. Januar 2005, 9.45 bis 13.00 Uhr im Kongresszentrum Hotel Arte in Olten.

Geschäfte (Entwurf einer Tagesordnung):

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Wahl der Stimmezähler (Protokollprüfer)
- TOP 4 Grussworte
- TOP 5 Parolenfassung für die Abstimmungsvorlage Partnerschaftsgesetz
- TOP 6 Thematisches Impulsreferat (Thema noch offen)
- TOP 7 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ EVP

Der Zentralpräsident
Ruedi Aeschbacher

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde _____ (Anzahl) Personen für die DV vom 8. Januar 2005 inklusive _____ (Anzahl) Mittagessen an.

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



Niklaus Hart

Bis am 4. Januar 2005 einsenden an:
EVP der Schweiz
Josefstrasse 32
Postfach 7334
8023 Zürich
Telefon 044 272 71 00
info@evppev.ch